



# Wohltat für alle

**Utopien** Das bedingungslose Grundeinkommen soll nicht nur dem Einzelnen ein Leben ohne Existenzangst ermöglichen, sondern auch die Folgen der Digitalisierung und Robotisierung mildern. Aber geht das?

**D**aniel Häni hat eine Art, Fragen zu stellen, die mehr als nur direkt ist. Häni fordert heraus. Er zwingt sein Gegenüber von der Theorie in die Praxis. Vom Allgemeinen ins Persönliche. Vom Ökonomischen ins Moralische.

„Und Sie?“, fragt er. „Würden Sie Ihren Job aufgeben, wenn es ein bedingungsloses Grundeinkommen gäbe?“

„Nein.“

„Und warum, glauben Sie, sollten es andere tun?“

So ist er gleich mittendrin. Beim Kern der Sache. Der Frage aller Fragen. Werden die Menschen aufhören zu arbeiten, wenn sie nicht mehr müssen?

Es sei komisch, sagt Häni. Er sei fast nie jemandem begegnet, der sage, dass er den Bettel hinwerfen würde, wenn der Zwang wegfielen. Aber jeder mache sich Sorgen,

dass die anderen dann faul würden. Ob vielleicht etwas mit unserem Menschenbild nicht stimme?

Häni ist der Kopf einer Kampagne, die europaweit für Aufsehen sorgt. Am 5. Juni stimmen die Schweizer darüber ab, ob in ihrem Land ein bedingungsloses Grundeinkommen eingeführt werden soll. Niemand rechnet mit einem Sieg. 15 Prozent Jastimmen, sagt Häni, wären schon ein



CARLOS SPOTORNO

### Aktivist Häni (l.), Mitstreiter bei einer Aktion seiner Schweizer Initiative

„Die Menschen sind es leid, immer etwas müssen zu müssen“

res Gespräch. Aber erstens ist Häni ein leidenschaftlicher Mensch, und zweitens leitet er eine Kampagne und hat dabei die Erfahrung gemacht, dass er am besten durchdringt, wenn er nicht theoretisiert, sondern persönlich wird. Wie, fragt er jeden, der sich darauf einlässt, würde sich dein Leben verändern, wenn du niemals mehr Angst haben müsstest, materiell ins Aus zu geraten?

Häni ist mit seiner Schweizer Initiative keineswegs der Einzige, der gerade für ein bedingungsloses Grundeinkommen kämpft. Schon gar nicht der Erste. Die Idee für diese Wohltat für alle wurde schon 1796 formuliert, vom Engländer Thomas Spence, und seitdem taucht sie in Ökonomie und Politik immer wieder auf. Der US-Ökonom Milton Friedman und der französische Philosoph André Gorz griffen sie auf. Neuerdings macht sich Telekom-Chef Timotheus Höttges für sie stark.

Wirklich umgesetzt wurde die Idee nirgends. Es gab kleinere, kaum verallgemeinerbare Experimente in kanadischen Kleinstädten und namibischen Dörfern. Aktuell plant die finnische Regierung einen Feldversuch, im niederländischen Utrecht steht ein Test an. Doch in Wahrheit kam die Idee über einen theoretischen Status nie hinaus. Die Mehrheit der Ökonomen lehnt sie ab. Die Politik scheut zurück.

In Deutschland liebäugelten die Grünen mal mit einem „grünen Grundeinkommen“, die CDU diskutierte das „solidarische Bürgergeld“. Doch derzeit hat es keine relevante Partei ernsthaft im Angebot. Der FDP ist die Idee zu leistungsfeindlich. Die SPD sieht den Status des Arbeiters gefährdet. Die Linke ist sich uneins. Die Piratenpartei schrieb 2013 ein Grundeinkommen von 1000 Euro pro Monat in ihr Parteiprogramm – aber das beschleunigte ihren Untergang eher noch.

In letzter Zeit nimmt die Debatte jedoch wieder neue Fahrt auf, was weniger an der Schweiz liegt. Vor allem im Silicon Valley wird über die Zukunft der Arbeitswelt nachgedacht. Der Grundgedanke ist: Wenn Roboter in den kommenden Jahren und Jahrzehnten mehr und mehr Arbeiten übernehmen, die bisher Menschen erledigt haben, dann sollen diejenigen, deren Einsatz nicht mehr gebraucht wird, trotzdem nicht verarmen.

„Wenn wir nicht handeln, um mehr geteilten Wohlstand zu schaffen, wird der Ärger der Menschen zunehmen“, sagt etwa Erik Brynjolfsson. Er ist seit seinem Buch „The Second Machine Age“, das er gemeinsam mit Andrew McAfee geschrieben hat, so etwas wie der globale Guru in

Sachen Robotisierung, Automatisierung und deren Folgen.

Man kann das wahlweise als soziale Geste sehen oder als den Versuch, die zukünftig Abgehängten mit einem Almosen ruhigzustellen. Sicher ist nur, dass das bedingungslose Grundeinkommen durch die Digitalisierung der Realität ein Stück näher rückt.

In der Debatte überlappen sich zwei Perspektiven, die man erst einmal gedanklich sortieren muss: eine soziale Sichtweise und eine liberale.

Für die Befürworter von links bedeutet das bedingungslose Grundeinkommen die endgültige Befreiung von Armut, existenzieller Not und deren Folgen. Vor allem: das Ende der Erpressbarkeit derjenigen, die jede Arbeit annehmen müssen. Wer sich grundsätzlich versorgt weiß, so der Gedanke, muss nicht mehr um jeden Preis im Schlachthof schaffen, Klos putzen oder Pakete ausfahren.

Auch wer einen Job hat, soll freier werden, weil ein Arbeitsplatzverlust weniger bedrohlich ist. Es wird einfacher, Phasen der Weiterbildung einzulegen. Wer arbeitslos wird, muss nicht sein eigenes Vermögen aufbrauchen, bevor er staatliche Unterstützung bekommt. Die Altersarmut schwindet.

Die Argumente von liberaler Seite klingen ähnlich, verfolgen aber einen anderen Zweck. Es geht vor allem darum, den politisch-moralischen Vorrang menschlicher Arbeit abzuschaffen – und damit die Hemmnisse, Menschen durch Roboter zu ersetzen.

Der Grundgedanke hier ist: Wenn für jeden gesorgt ist, egal ob er arbeitet oder nicht, dann muss der Staat weder für Arbeitsplätze sorgen noch Regeln für die Bezahlung aufstellen oder sich um den Kündigungsschutz sorgen.

Das soziale Netz wird in dieser Denkschule nicht aus Mildtätigkeit enger geknüpft, sondern weil es in Zukunft viel mehr Menschen aufnehmen muss. Das klingt teuer. Spart aber zugleich, weil erstens Verwaltung und Kontrolle der Sozialleistungen wegfallen und weil zweitens keine Arbeitsplätze mehr direkt oder über Umwege subventioniert werden, die technologisch nicht mehr konkurrenzfähig sind. Arbeit zu schaffen fällt als Ziel der Wirtschaftspolitik weg.

Man sieht sofort, dass es nicht um ein paar Reparaturen am Sozialstaat geht. Die Hartz-IV-Reformen waren gerade einmal ein neuer Anstrich verglichen mit dem radikalen Umbau, den das bedingungslose Grundeinkommen bedeuten würde. Es rührt doppelt an den Kern unserer Gesellschaft. Daran, wie wir Freiheit definieren und wie sich Arbeit zur Freiheit verhält. Und daran, wie wir sozialen Zusammenhalt und Solidarität interpretieren. Im

Erfolg. Ihm geht es darum, die Idee in die politische Realität zu holen. Dass man über sie reden, sich eine Meinung bilden und über sie abstimmen muss. Dass ein Anfang gemacht wird. In Umfragen liegt die Initiative bei über 20 Prozent.

Man kann sich kaum eine bessere Besetzung für diese Aufgabe vorstellen als Häni: angemessen besessen von der Idee, um andere mitzureißen. Und zugleich Realist genug, um zu wissen, dass er sich noch Jahre wird abmühen müssen, bis die Utopie jemals Realität werden kann.

Dann bohrt er weiter: „Die eigentliche Frage ist nicht, ob die anderen aufhören zu arbeiten. Die eigentliche Frage ist, ob Sie es ertragen, wenn ein anderer bekommt, was er zum Leben braucht, ohne dafür Ihre Vorstellung von einem produktiven Mitglied der Gesellschaft zu erfüllen.“

Er meint das nicht persönlich, im Gegenteil. Es ist ein freundliches, auch heite-



PAULUS PONIZAK



CHRISTOPH PAIRSCH

**Grundeinkommen-Befürworter Engler, Höttges:** Ist eine Gesellschaft denkbar, die Freiheit und Solidarität besser miteinander versöhnt?

Grunde geht es um die Frage, wie wir zusammenleben wollen. Ob unsere Form der sozialen Marktwirtschaft die Pole Freiheit und Solidarität ausreichend versöhnt – oder ob eine Gesellschaft denkbar und machbar ist, die dieses Grundproblem nicht nur anders, sondern besser löst.

### Soziale Gründe

Häni sitzt vor seinem Café „Unternehmen Mitte“ in Basel. Es ist das größte der Schweiz und nicht einfach nur ein Kaffeehaus wie andere. Es ist, wie alles, was Häni anfängt, ein halb politisches, halb ökonomisches Projekt. Es gibt keinen Verzehrwang. Nicht etwa, weil Häni alle Mühseligen und Beladenen der Stadt bei sich haben will. Die Preise sind bei ihm so hoch wie überall in der Stadt. Er glaubt nur, dass die Leute genervt sind, immer und überall etwas bezahlen zu sollen.

„Die Menschen sind es leid, immer etwas müssen zu müssen“, sagt er. „Es gibt einen Bedarf, nicht zu müssen. Den bedienen wir.“ Und, glaubt man Häni, ist das Ganze sogar ein gutes Geschäft. Die Leute nutzen die Freiheit, nichts konsumieren zu müssen, nicht aus. Sie belohnen ihn eher dafür.

Und nun also: nicht mehr arbeiten müssen. Jeder Bürger soll frei sein, einen Job ablehnen zu können, ohne existenziell gefährdet zu sein. Arbeitszwang sei einer Demokratie und einer liberalen Gesellschaft unwürdig, sagt Häni. „Was ist denn das für eine Gesellschaft, in der wir Hun-

dertausende wie Faultiere behandeln und dazu zwingen, eine Arbeit zu verrichten, die wir selbst niemals annehmen würden?“

Hänis Grundeinkommen bedeutet nicht automatisch mehr Geld für alle. Zwar bekäme jeder Bürger die angepeilten 2500 Franken im Monat. Doch wer jetzt schon so viel verdient, hätte im Endeffekt kein zusätzliches Geld zur Verfügung, weil er mehr Steuern zahlen müsste. „Für die meisten ändert sich von der Geldmenge her nichts. Aber im Kopf ändert sich Entscheidendes. Es gibt keinen Grund mehr für Existenzangst, und die Ausrede, nicht tun zu können, was man eigentlich wollte, fällt weg.“

Das ist die sozialpolitische, humanistische Seite der Idee des bedingungslosen Grundeinkommens, wenn man so will auch die ethische. In Deutschland hat sie niemand tiefer durchdacht als der Berliner Soziologe Wolfgang Engler.

Engler ist im Hauptberuf Rektor der Hochschule für Schauspielkunst Ernst Busch in Berlin. 2005 erschien sein Buch „Bürger, ohne Arbeit“, in dem er auf 416 Seiten und in 44 Paragrafen für eine „radikale Neugestaltung der Gesellschaft“ plädiert. Es war das Jahr, in dem Gerhard Schröder als Bundeskanzler abgewählt wurde und die Agenda 2010 die SPD zerriss.

Engler beschrieb eindrucksvoll, dass die Menschen in struktureller Arbeitslosigkeit nicht nur Job und Einkommen verlieren, sondern auch Würde. In einer Gesellschaft,

in welcher der Respekt dem Einzelnen gegenüber an seine berufliche Stellung gebunden sei, seien Arbeitslose bloß Bürger zweiter Klasse. In Ostdeutschland, sagt Engler, habe das zu einem Auseinanderdriften der Gesellschaft geführt, das Gewinner und Verlierer zugleich beschämt habe. Schließlich hätten sich Milieus gebildet, die „sich nur noch sprachlos gegenüberstanden“.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen, so Engler schon damals, würde das ändern. Seine Vision: „Du kannst ökonomisch scheitern, und das kann dazu führen, dass du auch in deinen eigenen Augen scheiterst: Du scheiterst gleichwohl nie sozial. Als Mitglied der Gemeinschaft bist du unangefochten.“

Ein gutes Jahrzehnt später blickt Engler durchaus selbstkritisch auf sein Werk zurück. Die Massenarbeitslosigkeit, die er erwartet habe, sei nicht eingetreten. Stattdessen Arbeitsboom, nahezu Vollbeschäftigung. „Zumindest wenn man auf Deutschland blickt.“ Andererseits sei das Land nicht gerechter geworden. Die Grundfrage sei geblieben: „Ist es zwingend zu arbeiten, um jemand zu sein?“

Englers Studenten sind allesamt künftige Schauspieler, Puppenspieler, Regisseure. Ein bisschen ist deren Leben seine Blaupause für die künftige Arbeitsgesellschaft. Zwischen den Engagements an Theatern liegen immer wieder Zeiten, in denen sie arbeitslos sind. Projektarbeit, wenn man so will.

„Wenn ich mit ihnen das Konzept diskutiere, leuchtet es ihnen sofort ein. Sie leben das eigentlich schon – allerdings immer in existenzieller Sorge.“

Engler doziert einmal im Jahr auch an der Eliteuniversität im Schweizer St. Gallen. Auch mit den Studenten dort, meist künftigen Managern, diskutiert er das bedingungslose Grundeinkommen. „Auch ihnen leuchtet das ein.“ Allerdings aus einer ganz anderen Perspektive. „Sie finden das interessant, weil sich auf diese Weise abfedern ließe, was sie einmal an Grausamkeiten begehen werden.“

Zusammengebracht hat Engler seine zwei Studentengruppen bislang nicht. Interessant wäre es. Allein um herauszufinden, ob eine Verständigung möglich wäre zwischen denen, die das Grundeinkommen eher als humanistische und soziale Utopie sehen – und denen, die darin eine politisch-ökonomische Notwendigkeit erkennen, um die steigende Wut der Unterschicht zu besänftigen und den Markt nicht absaufen zu lassen.

### Liberaler Gründe

Denn darum geht es am Ende, wenn „The Second Machine Age“-Autor Brynjolfsson darüber nachdenkt, wie sich der Vormarsch der Technologie vorantreiben und zugleich sicherstellen ließe, dass „möglichst wenige Menschen auf der Strecke bleiben“.

Der Arbeitsmarkt der Zukunft, das könnte für Millionen ein prekäres Pendeln von Mini-Auftrag zu Mini-Auftrag sein. Allesamt vermittelt von Plattformen, die die Arbeit an denjenigen vergeben, der am wenigsten Geld dafür verlangt. Leben kann davon vermutlich niemand – weshalb das Grundeinkommen quasi als Kombilohn für den digitalen Arbeitsmarkt auszuwirken soll.

In den USA ist die Debatte darüber schon ziemlich weit. Sie wird noch einmal angeheizt durch die Erosion der Mittelschicht, die von vielen als Hauptgrund für die Erfolge des Donald Trump und den Hass auf das Establishment gelten (siehe Seite 100).

Jahrelang stieg das Innovationstempo, stieg das Bruttoinlandsprodukt, stieg die Zahl der Milliardäre in den USA. Die Beschäftigung sank jedoch. Das Einkommen des mittleren amerikanischen Haushalts sank ebenfalls.

Und wer Brynjolfssons Prognosen kennt, der ahnt: Das war erst das Vorspiel. Die großen sozialen Konflikte kommen erst noch. Denn bislang wurden hauptsächlich die einfachen Arbeiten wegrationalisiert. In den kommenden Jahren und Jahrzehnten soll es auch die Arbeit der gut Ausgebildeten und Akademiker treffen. Sie wird von intelligenten Maschinen übernommen und von Algorithmen, die gelernt haben, selbst zu lernen.

Und selbst wenn die Arbeit nicht komplett ausgeht, wird sich – zumindest vorübergehend – die Mittelschicht um die gut bezahlten Jobs streiten und um eine sinkende Lohnsumme.

Das ist nicht nur ein soziales Problem, sondern auch ein ökonomisches. Oder mit den Worten von Henry Ford: „Autos kaufen keine Autos.“ Darauf machte Robert Reich, der ehemalige US-Arbeitsminister der Regierung Bill Clinton, vor gut einer Woche auf einer Tagung in Zürich aufmerksam. Er habe, erzählte Reich, kürzlich einen der Topmanager des Silicon Valley getroffen, und dieser habe sich Sorgen gemacht, wer denn in Zukunft die Produkte kaufen soll, die man noch herzustellen denke.

Um die Entwicklung zu begreifen, müsse man sich vorstellen, worauf die Wirtschaft zulaufe. Zugespitzt könne man sich eine „iEverything-App“ vorstellen. Eine App, die alles könne, was der Mensch braucht, nur: ohne jede menschliche Hilfe. Natürlich wäre die toll, aber kein von seiner Arbeit lebender Mensch könne sie mehr kaufen, weil ja niemand mehr durch seine Arbeit Geld verdiene.

Und mit einem Mal erscheint das bedingungslose Grundeinkommen fast als Welt-

## „Der Mensch ist ökonomisch zu wertvoll, um ihn gefährliche Arbeit machen zu lassen.“

formel für alles und jeden: Es befreit den Einzelnen sozial, rettet die Gesellschaft vor dem politischen Zusammenbruch und ist auch noch ökonomisch geboten. Ist das nicht ein bisschen zu simpel, um wahr zu sein?

„Es klingt erst einmal gut, den Menschen vom Erwerbsdruck zu befreien“, sagt der Ökonom und Präsident des Ifo-Instituts Clemens Fuest. „Aber die Erfahrung zeigt doch, dass die Jobs, die keiner gern macht, nur dann erledigt werden, wenn auf den Leuten ein gewisser Erwerbsdruck lastet.“ Und das gelte nun einmal für viele Jobs.

Er halte, sagt Fuest, die Debatte über das bedingungslose Grundeinkommen für ein Elitephänomen. „Es wird vor allem von Menschen propagiert, die die Erfahrung gemacht haben, dass sie besser und kreativer arbeiten, je freier sie sind. Aber das trifft auf die Mehrheit der Arbeit nicht zu. Die muss einfach gemacht werden.“ Außerdem, sagt Fuest, sei es nicht bezahlbar.

Die Frage ist, ob sich die Konzepte überhaupt miteinander vereinbaren, ob sich der soziale und der liberale Ansatz versöhnen lassen. Und da ist – wie beim Min-

destlohn – entscheidend, wie hoch so ein Grundeinkommen sein soll.

Einerseits muss es hoch genug sein, um eine Befreiung für den Einzelnen zu bedeuten. Andererseits muss es niedrig genug sein, um bezahlbar zu bleiben und überhaupt noch irgendjemand zur Erwerbsarbeit zu motivieren.

Eine simple Antwort auf die Frage, ob so etwas überhaupt zu finanzieren ist, gibt es nicht. In den liberalen Rechnungen spart der Staat sogar Geld. Die linken Varianten kommen nur mit einer massiven Erhöhung wahlweise der Einkommen-, Mehrwert-, Vermögen- oder Erbschaftsteuer zustande.

Kann es da eine goldene Mitte geben?

Ja, meint der Hamburger Ökonom Thomas Straubhaar. Er vertritt das bedingungslose Grundeinkommen „nicht moralisch, nicht politisch, sondern weil es ökonomisch die cleverste Lösung ist“. Straubhaar hat sein Konzept 2007 in zwei Varianten durchgerechnet. 600 oder 800 Euro monatlich hielt er damals für angemessen und finanzierbar.

Straubhaar hat zwei Hauptargumente, die rein ökonomisch sind. Zum einen findet er, dass die heutigen Sozialsysteme auf Normalbiografien ausgerichtet sind, die es kaum noch gibt. Lebensläufe, in denen jede Unterbrechung, jeder Wechsel als potenzielle Katastrophe gilt.

„Dabei ist das Normale heute doch, dass die Erwerbsbiografien löchrig sind.“ Phasen des Geldverdienens wechseln mit Phasen der Jobsuche, der Umschulung und Weiterbildung ab. „Diese Flexibilität müssen wir nicht bestrafen, sondern belohnen.“

Zum zweiten will er die Menschen aus ökonomischen Gründen von gefährlicher und krank machender Arbeit befreien. „Der Mensch ist ökonomisch zu wertvoll, um ihn solche Arbeiten machen zu lassen und ihn dann Jahrzehnte krank mit durchzuschleppen.“ Wenn jedoch niemand mehr darauf angewiesen sei, diese Arbeit zu machen, würde sie sich verteuern – was dazu führt, dass sich Automatisierung lohnen würde.

Straubhaar setzt auf die indirekten Wirkungen. Dass ein abgesicherter Bürger vielleicht für ein paar Euro in der Stunde Taxi fährt. Sich aber das Schweinezerlegen oder Steineschleppen teurer bezahlen lassen würde.

„Ein Grundeinkommen würde den Einzelnen schützen, aber den Wandel der Wirtschaft insgesamt beschleunigen“, sagt Straubhaar. „Es ist doch fantasielos zu sagen, um konkurrenzfähig zu bleiben, brauchen wir ein Ausbeutungssystem, um Arbeit durchzusetzen, die sonst keiner machen will.“ Viel besser sei es, gefährliche oder schmutzige und auch anstrengende Standardarbeiten von Robotern erledigen zu lassen und Menschen in der frei-

gewordenen Zeit für bessere Jobs auszubilden.

### Gesellschaftliche Fragen

Und wenn das nicht gelingt? Wenn in der Wirtschaft der digitalen Revolution Millionen auf der Strecke bleiben, nicht mehr gebraucht werden – außer als Konsumenten?

„Es ist fahrlässig, zu sagen, wir geben denen Geld, und fertig“, sagt Soziologe Engler. Silicon-Valley-Vordenker Brynjolfsson meint: „Ein allgemeines garantiertes Grundeinkommen schützt zwar vor Not, nicht aber vor Laster oder Langeweile.“

Das ist die Kehrseite der Utopie. Dass der Raum der Freiheit des einzelnen Bürgers nicht ausgeweitet, sondern eingeengt wird. Ist es besser, wenn er den Anspruch auf Arbeit gegen das Recht auf Faulheit eintauscht?

Jenseits aller Finanzierungsfragen und Faulheitsdiskussionen ist das der eigentlich riskante Punkt. Weil kaum vorherzusehen ist, wie die Menschen reagieren.

Es kann sein, dass die Gesellschaft nicht enger zusammenrückt, sondern weiter auseinanderdriftet. Oben diejenigen, die Geld, Arbeit, Ansehen haben. Unten diejenigen, die Almosen bekommen und sich ständig dafür rechtfertigen müssen.

Es kann sein, dass Arbeit noch viel mehr zur Statusfrage wird.

Es kann sein, dass die Menschen mit ihrer neuen Freiheit ganz einfach nichts anzufangen wissen.

Andererseits bedeutet ein bedingungsloses Grundeinkommen ja nicht das Ende der Politik oder das Ende des Mühens um Gerechtigkeit. Es schafft neue Sicherheit –

### Auch ein bedingungsloses Grundeinkommen bedeutet nicht das Ende der Politik.

aber auch neue Unsicherheiten. Der Bezugsrahmen ändert sich, und er scheint besser zu einer neuen Arbeitswelt zu passen. Doch muss dieser neue Rahmen politisch gestaltet werden, und deshalb müssten auch die deutschen Parteien eine ernsthafte Diskussion beginnen. Es geht um viel, wenn über die Balance zwischen Sozialität und Liberalität einer Gesellschaft neu verhandelt wird.

Soziologe Engler traut der Freiheit, die das bedingungslose Grundeinkommen allen Bürgern gewährt, nicht ganz über den Weg. Er ist Kulturschaffender, Kultur-

mensch. Ihm ist die Vision, dass Millionen sozial abgesichert sind und ihr Leben dann vor dem Nachmittagsprogramm der Privatsender verplempern, ein Graus. Vielleicht, hat er deshalb überlegt, wäre es gut, das Grundeinkommen an den Nachweis zu binden, etwas für die eigene Bildung getan zu haben. Wie genau das funktionieren soll, da ist er unschlüssig. Aber er gibt zu, dass die Freiheit, sein Leben auch zu vergeuden, für ihn die Schwachstelle der Idee des völlig bedingungslosen Grundeinkommens ist.

Daniel Häni sieht das viel unbefangener. Natürlich sei ein solcher Systemwechsel auch psychologisch nicht von heute auf morgen möglich. Der Mensch müsse sich daran gewöhnen, frei zu sein. Daran, dass ihm seine Chefs, das Unternehmen, die Wirtschaft nicht mehr die Aufgabe abnähmen, darüber zu entscheiden, was ein jeder zu tun habe.

Dem bedingungslosen Grundeinkommen aus noch so guten Motiven doch eine Bedingung aufzudrücken würde aus ihm einen Witz ohne Pointe machen. Das Besteckende an der Idee sei ihre Radikalität. Ihr Glaube an den Einzelnen. Dann ruft er fast durch sein Café: „Hört doch einfach mal auf, die Menschen erziehen zu wollen.“

Markus Brauck